

Brunner, José; Avraham, Doron; Zepp, Marianne (Hrsg.): *Politische Gewalt in Deutschland. Ursprünge – Ausprägungen – Konsequenzen*. Göttingen: Wallstein Verlag 2014. ISBN: 978-3-8353-1458-0; 256 S.

Rezensiert von: Anastasia Surkov, Zentrum für Antisemitismusforschung, Technische Universität Berlin / Institut für Geschichtswissenschaften, Humboldt-Universität zu Berlin

Wie kann man, ohne zu stark auf die Kontinuitäten oder Bruchstellen eingehen zu müssen, 200 Jahre deutsche Geschichte erzählen? Welche Kategorie oder Perspektive eignet sich für die Beschreibung des politischen und gesellschaftlichen Systems des Kaiserreichs, der Weimarer Republik, des Dritten Reiches und der beiden deutschen Staaten der Nachkriegszeit im gleichen Maße? Eine mögliche Antwort auf diese Fragen gibt uns der neue Sammelband „Politische Gewalt in Deutschland. Ursprünge – Ausprägungen – Konsequenzen“, der 2014 in der Reihe „Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte“ erschienen ist. Gewalt als eine Analysekategorie dient dem Sammelband als ein verbindendes Element und legt auf eine wunderbare Art und Weise die Besonderheiten des jeweiligen gesellschaftlichen Systems offen.

Dem vorliegenden Sammelband liegt eine Konferenz, die im Januar 2013 zum 80. Jahrestag der nationalsozialistischen Machtübernahme in Deutschland abgehalten wurde, zugrunde. Thematisch stellen die zwölf Fallstudien Analysen „politischer Gewaltanwendung und Gewaltdiskursen aus den letzten zwei Jahrhunderten deutscher Geschichte“ (S. 7) dar. Die Autoren der einzelnen Beiträge setzen sich aus Historiker/innen, Sozialwissenschaftler/innen und Germanist/innen aus Israel, den USA und Deutschland zusammen. Gewalt wird hier als ein integraler Bestandteil jeder Gesellschaft verstanden: „Gewalt bricht nicht als störende Kraft von außen in eine aufgeklärte oder gewaltfreie Zivilisation ein, und sie ist auch nicht als das Andere oder die Schattenseite der Kultur zu deuten. Vielmehr wird Gewalt als innerhalb der Kultur angesiedelt verstanden [...]“ (S. 7). Das gemeinsame Ziel der vorliegenden Fall-

studien ist es, die Legitimationsstrategien und die kulturellen Deutungsmuster der Gewaltanwendungen herauszuarbeiten.

Zwei Aufsätze widmen sich der Gewalt in Preußen und im Kaiserreich: Doron Avraham spürt der Zivilgesellschaft, der neuen modernen Gesellschaftsordnung, die die feudale und kirchliche Organisationsstruktur ablöste, nach. Zwar liegen dieser neuen Ordnung theoretische Überlegungen zugrunde, die die Gewalt zum Wohle der Allgemeinheit ablehnen, laut Avraham aber sah die Realität in Deutschland des 19. Jahrhunderts anders aus. Vor dem Kontext der Napoleonischen Befreiungskriege und der damit verbundenen Geburtsstunde des Nationalismus sei die Bewaffnung der Bürger ein angestrebtes demokratisches Prinzip gewesen. Die Volkssouveränität sei ohne Gewalt nicht denkbar gewesen. Avraham kommt zu dem Schluss, dass das Ideal der Zivilgesellschaft mit dem Prinzip des Militarismus verschmolzen sei.

In einem weiteren Beitrag stellt Ishay Landa deutsche intellektuelle Eliten in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts und ihre Abwehrhaltung gegenüber den sozialistischen Ideen in den Mittelpunkt seines ideengeschichtlich orientierten Ansatzes. Seine Beschreibung zeigt, dass der Erste Weltkrieg die Bedrohungshaltung seitens der Eliten radikalisierte und zu einer Abneigung gegen die Moderne und ihre Ausprägungen in Form von Demokratie, Sozialismus, Massenkultur und Konsumorientierung führte.

Über die Zeit von 1918 bis 1933 liegen zwei Aufsätze vor: Im Gesamtüberblick über die Zeit der Weimarer Republik beschreibt Shulamit Volkov den allgegenwärtigen Gewaltcharakter des politischen Lebens dieser Zeit. Politische Morde und Gewaltausbrüche beherrschten die Gesellschaft in solchen Maße, dass Volkov von einem „permanenten Bürgerkrieg“ (S. 64) spricht. Kennzeichnend für die Weimarer Republik sei die Normalität von Gewalt gewesen, die die Nationalsozialisten noch weiter ausgebaut und radikalisiert haben, wobei Volkov auf keinen Fall von einer zwangsläufig teleologischen Entwicklung ausgehen möchte.

Joana Seiffert behandelt in ihrem Aufsatz den Ruhrkampf und seine Umdeutung durch die Nationalsozialisten. Spätestens seit

der blutigen Niederschlagung der Arbeiteraufstände im Ruhrgebiet, die sich gegen den Kapp-Putsch 1920 formierten, galt diese Industrieregion als „Deutschlands Wilde[r] Westen“ (S. 77) und wurde zu einem politisch umkämpften Ort. Seiffert geht in ihrem Aufsatz überhaupt nicht auf die Aspekte der Gewalt ein, sondern beschäftigt sich vor allem mit dem Ruhrgebiet als einem Erinnerungsort. Die Erinnerung an den Ruhrkampf sei in den 1920er-Jahren von sozialistischen Deutungen dominiert gewesen und seit 1933 sukzessiv von einer völkisch-nationalistischen Erzählung überlagert worden. Seifferts Beschreibung der Umdeutung des Ruhrkampfes ist ein Beispiel für die Durchdringung der Gesellschaft durch die NS-Herrschaft.

Drei Fallstudien umfassen die Zeit des Dritten Reiches: Jost Dülffer schildert detailliert die Instrumentalisierung der Minderheitenproblematik seitens der NS-Außenpolitik vor dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges. In einem schmalen zeitlichen Fenster nutzte die nationalsozialistische Regierung die „humanitäre Intervention“ (S. 91) als eine Legitimationsstrategie zum Beispiel bei der vermeintlichen Unterdrückung der deutschen Minderheiten in Österreich oder in der Tschechoslowakei. Die Legitimierung der Aggression mit dem „humanitären Argument“ (S. 104) sei schnell fallen gelassen worden, da es, laut Dülffer, dem NS-Regime um die Auslösung der nackten Gewalt ging, so dass beim Überfall auf Polen zu diesem Mittel nicht mehr direkt gegriffen worden sei.

Thomas Pegelow Kaplan verknüpft in seiner Studie die Analyse der physischen und sprachlichen Gewalt, indem er die Strategien der sprachlichen Diktion am Beispiel des Deutschen Sprachvereins untersucht. Die diktatorische Maschinerie des Dritten Reiches lasse sich nicht alleine auf die physische Gewalt reduzieren, sondern muss laut Kaplan auch in den Aspekten der kulturellen Ausgrenzung betrachtet werden.

Überaus differenziert beschreibt Sven Reichert dann anschließend in seinem Beitrag das nationalsozialistische Deutschland als eine „faschistische Beteiligungsdiktatur“ (S. 134). Reichert widmet sich der komplexen Frage nach Regimeloyalität und seiner Verankerung im NS-Staat. Dabei spiele vor allem

der Doppelcharakter des Regimes, der sich in Mobilisierung und Gewalt manifestiere, eine entscheidende Rolle. Mit einer bemerkenswerten Leichtigkeit gelingt es Reichert, das bekannte Wissen über das nationalsozialistische Regime zu einem neuen, erkenntnisweiternden Gebilde zu verknüpfen.

Fünf Arbeiten liegen zu BRD und DDR vor: Tobias Ebbrecht-Hartmann untersucht das Kino in der Nachkriegszeit als einen Ort der öffentlichen, häufig gewaltvollen, Auseinandersetzung um die Vergangenheit. Zwar stellt Ebbrecht-Hartmann einen Unterschied zwischen den Protesten der 1950er-Jahre, die eher ein Kampf um die Meinungsfreiheit und Demokratie bedeuteten und den Aktionen rund um das Kino der 1970er-Jahre, die eher die Tendenzen der Verdrängung der Vergangenheit aufweisen, fest, weiter geht seine Darstellung leider nicht. „Der Kampfplatz Kino“ (S. 163) wird von Ebbrecht-Hartmann zwar beschrieben, aber letztendlich nicht analytisch erschlossen.

Zwei Arbeiten nähern sich dann im Anschluss auf unterschiedlichen Wegen dem Gewaltverständnis innerhalb der Baader-Meinhof-Gruppe bzw. der RAF. Sarah Colvin widmet sich einer Textanalyse des Aufsatzes „Gewalt“ von 1968, den ein „Berliner Redaktionskollektiv“ (S. 182), bestehend aus Rudi Dutschke, Bahman Nirumand und weiteren, verfasst hat. Vojin Saša Vukadinović geht danach gezielt auf die Denkmäximen der Linksterroristen und der Bedeutung ihrer paradoxen Gewaltvorstellung ein. Dabei werden die Gründungstexte der RAF, sowie zahlreiche eigenproduzierte Texte behandelt und die Argumentationsmuster herausgearbeitet, wie die zentrale Maxime der deutschen Linksterroristen, dass „die Welt [...] nur durch Gewalt zu verändern sei“ (S. 198). Die mystifizierende Rhetorik der RAF fokussierte vor allem auf die USA und damit den Kapitalismus als den zentralen Gegner, gegen den Gewalt absolut legitim sei.

Die friedliche Revolution von 1989 steht dagegen im Zentrum der Betrachtung von Andrew I. Port. Dabei seien vor allem die Gewaltaktionen gegen die Proteste seitens des ostdeutschen Sicherheitsdienstes und die Gewaltbereitschaft des Staates von der Forschung übersehen worden. Die Abwesenheit

der Gewalt soll, so Port, nicht als selbstverständlich angesehen werden und bedarf einer Begründung. Als entscheidenden Faktor nennt er Verzicht auf Gewalt seitens der Demonstranten, der die Entscheidungsträger erheblich beeinflusst habe.

Franziska Meyer beschäftigt sich anhand des Romans „Aller Tage Abend“ von Jenny Erpenbeck mit der Frage nach dem Verhältnis zwischen Literatur und Geschichte. In dem vorgestellten Roman werden die zahlreichen Gewaltszenarien des 20. Jahrhundert verarbeitet. Leider lobt Meyer das Werk viel zu stark, anstatt es zu analysieren, so dass ihre Darstellung eher an eine Buchvorstellung in einer Literatursendung erinnert.

Trotz der unterschiedlichen Qualität der Aufsätze liefert der Sammelband unter dem Strich eine Differenzierung zwischen der Bedeutung der Gewalt für die Nachkriegsgesellschaft der Weimarer Republik, die sich erheblich von der radikalisierten Gewalt einer nationalsozialistischen Volksgemeinschaft und den Mannigfaltigkeit der Gewaltdefinitionen von der RAF bis zur friedlichen Revolution von 1989 unterscheidet.

HistLit 2014-4-115 / Anastasia Surkov über Brunner, José; Avraham, Doron; Zepp, Marianne (Hrsg.): *Politische Gewalt in Deutschland. Ursprünge – Ausprägungen – Konsequenzen*. Göttingen 2014, in: H-Soz-Kult 17.11.2014.